

# **Wahlcheck des Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI) zur europäischen Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik zur Europawahl am 26. Mai 2019**

Antworten der FDP Schleswig-Holstein

## **Frage:**

**1. Erkennen Sie die Relevanz der Umsetzung der Sustainable Development Goals/UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) durch die EU-Mitgliedsstaaten und die EU für die kommende Legislaturperiode (2019-2024) an und wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese konkret in den verschiedenen Ressorts der Europäischen Union umgesetzt werden?**

**Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

JA.

Wir Freie Demokraten stehen zu den UN-Nachhaltigkeitszielen und werden uns im Europäischen Parlament für deren weitere Umsetzung auf allen Ebenen der Europäischen Union einsetzen.

## **Frage:**

**2. Im Sinne der Politikkohärenz sollte es eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie geben, die die Umsetzung der SDG in allen Politikbereichen als Querschnittsthema beachtet. Ist eine solche Strategie für die EU geplant? Wenn nicht, setzen Sie sich für die Erstellung einer solchen Strategie ein?**

**Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

JA.

Wir Freie Demokraten begrüßen die bereits laufenden Bemühungen der Europäischen Kommission, eine Strategie und ein Instrument für die Umsetzung der Agenda 2030 auf EU-Ebene zu etablieren, und werden uns im Europäischen Parlament für weitere Anstrengungen der EU hierzu einsetzen.

## **Frage:**

**3. Nicht nur Staaten der Europäischen Union haben mit einer Überschuldung zu kämpfen. Befürworten Sie daher das von verschiedenen europäischen Institutionen, nach der Griechenland-Krise ins Gespräch gebrachte Staateninsolvenzverfahren? Wenn ja, innerhalb der Eurozone oder weltweit?**

**Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

JA.

Wir Freie Demokraten meinen es ernst mit dem Ziel, dass nie wieder Steuerzahler für Bankenpleiten haften müssen! Um die Verantwortung der privaten Geldgeber zu stärken, wollen wir einen Insolvenzmechanismus für Staaten innerhalb der Eurozone einführen. Bevor an ein Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus fließen, muss es künftig eine Beteiligung der privaten Gläubiger dieses Staates an den Stabilisierungslasten geben. Zumindest sollte es eine Laufzeitverlängerung der jeweiligen Staatsanleihen geben. Eine solche Beteiligung des Privatsektors ist gleichzeitig die wirksamste Krisenprävention, weil ein Staat sich dann in der Regel gar nicht erst unangemessen hoch verschulden könnte.

**Frage:**

**4. Die Einkaufsmacht öffentlicher Stellen kann zur Durchsetzung von nachhaltige Produktionsformen und der Einhaltung von Sozialstandards weltweit beitragen. Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass bei Ausschreibungen von EU-eigenen Einrichtungen die nachweisliche Einhaltung von Menschenrechten entlang globaler Lieferketten verbindliche gefordert wird, und der Einkauf fair gehandelter Produkte bevorzugt wird?**

**Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

NEIN.

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass die Achtung von Menschenrechten sowie die Einhaltung von internationalen Vereinbarungen in Bezug auf ökologische und soziale Standards bei der Produktion von Gütern weltweit in unserer globalisierten Welt einen hohen Stellenwert genießen müssen. Schutz und Förderung von Menschenrechten sollen weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Europäischen Außen- und Entwicklungspolitik sein. Gleichzeitig sehen wir die Produktionsländer genauso in der Pflicht, die Einhaltung der Menschenrechte auf ihrem Hoheitsgebiet sicherzustellen. Diese Verantwortung darf nicht komplett auf die Unternehmen übertragen werden.

Die Fraktion der Freie Demokraten im Deutschen Bundestag hat hier bereits Vorschläge für einen eigenverantwortlichen Zertifizierungsmechanismus auf europäischer Ebene eingebracht. Dieser soll es Zulieferern auch in Drittländern ermöglichen, ihre Produktion zertifizieren zu lassen. Anhand dieser Zertifizierung können sowohl Unternehmen als auch Konsumenten transparent erkennen, ob Zulieferbetriebe bei der Produktion ihrer Güter Menschenrechte achten sowie soziale und ökologische Standards einhalten, und ihre jeweiligen Produktions- und Kaufentscheidungen entsprechend anpassen.

**Frage:**

**5. Um das globale Ziel der Überwindung von Hunger und Unterernährung weltweit zu erreichen, bedarf es eines Paradigmenwechsels in der Landwirtschafts- und Klimapolitik.**

**Klimaschutzmaßnahmen müssen ergriffen, finanziert und die Landwirtschaft nachhaltig angepasst werden. Wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für eine Förderung von umweltschonender und sozial-nachhaltiger Landwirtschaft einsetzen?**

**Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

JA.

Wir Freie Demokraten wollen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) marktwirtschaftlich modernisieren und Lebensräume schützen. Wir brauchen weniger Bürokratie, fairen Wettbewerb, stärkere Anreize für unternehmerisches Handeln und mehr Investitionen in innovative Forschung und Technik. Der Tierschutz darf nicht an Ländergrenzen enden. Die Vorgaben der Europäischen Union sollen entbürokratisiert und größere Spielräume für die Mitgliedstaaten geschaffen werden, ohne neue Wettbewerbsverzerrungen auszulösen. So soll etwa die Gemeinsame Agrarpolitik nicht zu Lasten der Entwicklungsländer betrieben werden. Zusätzlich zur infrastrukturellen Förderung ländlicher Räume wollen wir die landwirtschaftlichen Betriebe dabei unterstützen, schrittweise unabhängig von Fördermitteln zu werden. Dazu wollen wir mit europäischen Mitteln die Entwicklung von Smart Farming vorantreiben. Überall in Europa steht die Landwirtschaft vor einem großen Strukturwandel. Die Digitalisierung kann dazu zukunftsichernde Antworten liefern. So kann die digitale Landwirtschaft 4.0 helfen, mühsame Aufgaben durch Automatisierung zu ersetzen, Pflanzenschutz- und Düngemittel präziser und somit umweltschonender auszubringen, die Gesundheit von Nutztieren besser zu überwachen und Bürokratiekosten zu mindern.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu dem Klimazielen des Pariser Abkommens und treten für Innovationsoffenheit ein, wenn es darum geht, die Ziele zu erreichen. Vor diesem Hintergrund

streben wir an, dass neben dem Verkehrssektor, langfristig auch die Land- und Forstwirtschaft in das Emissionhandelssystem einbezogen wird. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Einsparungen vor allen Dingen dort stattfinden, wo es am günstigsten möglich ist. Ein weiterer wichtiger Baustein der internationalen Klimaschutzstrategie von uns Freien Demokraten sind Investitionen in die organische Speicherung von CO<sub>2</sub>. Insbesondere das Potential von Bäumen und die Renaturierung von Mooren, die als natürliche Senken dienen, indem sie einen Teil des CO<sub>2</sub> aus der Luft speichern, wollen wir nutzen.

**Frage:**

**6. Der Bildung wird innerhalb der Diskussion über Zukunft und Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften eine zentrale Rolle zugewiesen. Gemeinhin werden hier das Konzept und der Begriff Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) bemüht. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dieses Konzept auch auf europäischer Ebene zu implementieren und umzusetzen? (Bspw. als Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln in europäischen Schulwettbewerben o.ä.) Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

JA.

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung auf europäischer Ebene ein. Bildung für nachhaltige Entwicklung zielt darauf ab, allen Menschen den Erwerb jener Kompetenzen zu ermöglichen, die sie benötigen, um aktiv zu einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt beitragen zu können. Zugleich gilt es, globale Wirkungszusammenhänge zu berücksichtigen. Wir wollen die Einbindung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Unterricht verschiedener Fächer, besonders den Naturwissenschaften, sowie die Entwicklung von Netzwerken nachhaltiger Schülerfirmen stärken. Das Instrument "Schülerfirma" ist besonders geeignet, da es Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schulformen und Leistungsniveaus in hohem Maße motiviert und zugleich eine direkte Umsetzung und Anwendung erarbeiteter Kenntnisse und Fähigkeiten in konkret-praktischen Arbeitsbezügen ermöglicht.

**Frage:**

**7. Der Zivilgesellschaft wird gemeinhin eine besondere Rolle bei der allseits benannten „großen Transformation“ und Umsetzung der 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (SDG) zugeordnet. Engagement braucht aber Strukturen. Sieht Ihre Partei Strategien und Instrumente vor, die die Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene stärken? Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

JA.

Wir Freie Demokraten wollen einen EU-Binnenmarkt für gemeinnützige Organisationen. Diese Organisationen schaffen in Europa Raum für zivilgesellschaftliches Wirken und stärken das politische Engagement der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Rund 146.000 Stiftungen und eine noch größere Zahl von Vereinen und Förderern sind in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Wissenschaft und Kultur aktiv und setzen eine Reihe von Projekten und Aktivitäten für das Gemeinwohl um. Doch EU-grenzüberschreitend ist die Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus, von Spendenquittungen und Kooperationen noch immer problematisch. Wir wollen daher die noch bestehenden Hürden für grenzüberschreitende Förderungen und Kooperationen abbauen. Im Zuge dessen fordern wir auch die Schaffung eines europäischen Vereinsrechts als zusätzliche Alternative zu nationalen Vereinsformen.

Außerdem wollen wir Freie Demokraten mehr und neue Formate, in denen die Bürgerinnen und Bürger über Europa diskutieren können. Jede und jeder sollte die Möglichkeit haben, nicht nur konkrete Beschwerden oder Anliegen bei den EU-Gremien vorzutragen. Formate wie Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konvente sollen von der Europäischen Union gefördert werden, ohne dass inhaltliche Themen vorgegeben werden. Außerdem wollen wir eine

regionale Ausgewogenheit herstellen und lokale Organisationen einbeziehen, um pluralistische Veranstaltungen zu erreichen, in denen der Dialog im Mittelpunkt steht.

Freidemokratische Mandatsträger auf europäischer Ebene verstehen derartige Diskussionsforen als Bereicherung und Rückbindung ihrer Tätigkeit. In diesem Zusammenhang wollen wir auch mit pro-europäischen Gruppen und Bürgerbewegungen zusammenarbeiten, die solche Dialoge veranstalten.

**Frage:**

**8. Die EU unterhält Beziehungen und Partnerschaften in die verschiedenen Regionen der Welt. Darunter auch Länder, die laut der OECD als weniger entwickelte Länder im Vergleich der Staatengemeinschaft gelten (s. DAC-Liste, OECD). Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass diese Partnerschaften unter den Aspekten der gleichberechtigten Partnerschaftsarbeit geführt werden? Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

JA.

Wir Freie Demokraten werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern auf Augenhöhe gestaltet wird, und den Interessen, Bedarfen und Möglichkeiten der Partnerländer gerecht wird- ganz im Sinne der Gleichberechtigung und des Nachhaltigkeitsziels 17 der Agenda 2030.

Wir setzen uns ferner für eine Entwicklungszusammenarbeit ein, die auf die Qualität der eingesetzten Mittel setzt statt allein auf deren Quantität. Dabei legen wir auch Wert auf eine bessere Differenzierung bei der Auswahl der Partnerländer. Es muss verstärkt auf die Kriterien Bedarf, Leistungsfähigkeit, Entwicklungs-bereitschaft und Effizienz der Maßnahmen geachtet werden.

Ebenso legen wir einen besonderen Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Soziale Marktwirtschaft. Mit einer wertebasierten Entwicklungspolitik müssen die Menschenrechte gestärkt werden. Beispielsweise ist bei Strafverschärfungen gegen LSBTI die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit NGOs vor Ort auf den Prüfstand zu stellen, die Budgethilfe zu streichen und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden. Die Überlappung und Fragmentierung zwischen den Programmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (EZI) sowie einer Vielzahl von Fonds und Fazilitäten sollte durch eine weitergehende Bündelung in ein einheitliches Finanzierungsinstrument für alle Entwicklungsländer eingedämmt werden. Wir unterstützen den Vorschlag, eine gemeinsame Europäische Entwicklungsbank als Tochtergesellschaft der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu gründen. Denn Europa braucht eine Finanzinstitution, die mit der Weltbank und den aufsteigenden Akteuren in Asien mithalten kann.

**Frage:**

**9. Internationale Handelsabkommen und Handelsabkommen der EU sind im Sinne globaler Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der UN-Nachhaltigkeitsziele zu konzipieren. Verhandlungen über derlei Abkommen sind transparent zu führen. Wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene für entsprechende Maßnahmen einsetzen? Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

JA.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum regelbasierten Freihandel als Grundlage internationaler Handelsbeziehungen und streben daher langfristig eine weltweite Freihandelsordnung im Rahmen der WTO an. Unabhängig davon unterstützen wir weiterhin den Abschluss bilateraler Handelsabkommen, treten aber für modernere und transparentere Freihandelsabkommen ein. Sie sollten starke Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung enthalten, die mit den Partnerländern

umgesetzt und überwacht werden. Dabei sehen wir die Weiterentwicklung solcher bilateralen Abkommen auch unter dem Blickwinkel einer späteren Überführung in eine weltweite Freihandelsordnung. Die umfassenden Verträge mit Kanada (CETA) und mit Japan (JEFTA) sind dafür positive Beispiele.

**Frage:**

**10. Der Vertrag von Lissabon sieht von Haushaltsausgaben für militärische oder verteidigungspolitische Zwecke (Artikel 41 Absatz 2) ab. Eine nachhaltige und friedliche**

**Entwicklung kann nur unter konsequenter Umsetzung dieses Artikels ermöglicht werden. Wird Ihre Partei Strategien friedlicher Konfliktbearbeitung stärken und sich gegen die Bereitstellung militärischer Mittel der EU in Drittstaaten einsetzen?**

**Ja – Wie? Nein – Warum nicht?**

JA.

Wir Freie Demokraten setzen auf ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung als zentrale Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir unterstützen deshalb den aktiven Ausbau des zivilen Krisenmanagements in der Europäischen Union (EU). Wir wollen den vernetzten Ansatz vorantreiben, der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zusammen denkt und die außenpolitischen Instrumente der EU kohärent und effektiv zur Krisenprävention und Friedensförderung einsetzt. Die EU muss in Zukunft aber auch Verantwortung für Frieden und Freiheit zur eigenverantwortlichen Gewährleistung der Sicherheit in und für Europa tragen.

Wir wollen daher den Aufbau einer europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle, die nicht nur kompatibel mit der NATO ist, sondern auch die Partnerschaft zwischen der EU und der NATO selbst voranbringt. Wir unterstützen die Europäische Verteidigungsunion und die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) in der Verteidigungspolitik. Wir wollen diese Instrumente nutzen, um Dopplungen zu vermeiden und dringende strategische Fähigkeitslücken zu schließen.

Waffenlieferungen in Krisengebiete lehnen wir Freie Demokraten ab. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. Die Unsicherheit und Bedrohung für die Menschen in den betroffenen Gebieten wird hierdurch nachhaltig erhöht und die Chancen auf Friedens- und Konfliktlösungen können ebenfalls behindert werden. Wir Freie Demokraten wollen, dass die EU auch bei der Rüstungsexportpolitik mit einer Stimme spricht. Wir setzen uns deshalb für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa ein. Wir wollen dieses Ziel durch eine europaweite Rüstungsexport-Verordnung erreichen, die hohe Standards setzt, und so den gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union von 2008 für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgüter rechtsverbindlich weiterentwickelt.